

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Wie sprechen wir über Europa? Europadiskurse im Vergleich – Seite 1

dfi information

Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch: ein „Leuchtturm“ in der deutschen Bildungslandschaft – Seite 3

Stabwechsel im Pariser Büro des dfi – Seite 4

Gelungenes Integrationsmanagement in Städten: Deutsch-Französische Bürgermeisterkonsultationen am 15. und 16. März 2007 in Stuttgart. – Seite 5

Partizipation von Jugendlichen in urbanen Großräumen – Erfahrungsaustausch zwischen Stuttgart und Straßburg – Seite 6

dfi service

Zeitschriften und Jahrbücher der Frankreich-Bibliothek jetzt über die Zeitschriftendatenbank recherchierbar – Seite 6

Buchvorstellung: Frankreichs Staatspräsident in der politischen Kommunikation. – Seite 7

Öffnung der Grenzen zwischen Nationalstaaten – ein wichtiges Ziel der pro-europäischen Jugend im Westeuropa der Nachkriegszeit (Quelle: Internet).

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg

Ausgabe 2 | 2007

Wie sprechen wir über Europa? Europadiskurse im Vergleich „Europa“ – ein vieldeutiger Begriff

dfi analyse Der französische Wahlkampf hat es wieder einmal bestätigt: Das Reden von Europa findet im nationalen Rahmen statt. Keinem der Kandidaten ging es um die gesamteuropäischen Interessen, sondern vorwiegend um den „Platz Frankreichs“, wobei Europa stets als „die anderen“ in einem fernen und abstrakten „Bruxelles“ dargestellt wird. Allerdings wäre es voreilig, in Frankreich mehr Europaskepsis und mehr Patriotismus zu vermuten als anderswo: Der Befund vorwiegend nationaler und nationalisierter Europadiskurse gilt für alle Mitgliedsstaaten.

scheinbar gleichen Begriffen in jeweils unterschiedlichen nationalen Kontexten und vor dem Hintergrund jeweils unterschiedlicher nationaler Geschichten viele verschiedene Konzeptionen bezeichnet wurden. Die Schwierigkeit, einen wirklichen transnationalen Dialog über Geschichte, Zustand und Entwicklungsperspektiven für das weltweit einmalige Projekt der europäischen Integration zu führen, hängt mit der unterschiedlichen Semantik, mit den unterschiedlichen Konnotationen bestimmter Schlüsselbegriffe in den einzelnen Mitgliedsstaaten zusammen. Das Problem hierbei ist übrigens nicht die unter der Hand oft beklagte Mehrsprachigkeit – ganz im Gegenteil. Denn

nur wer sich täglich mit Übersetzungen abmüht, wird sich der Tiefendimension der verwendeten Begriffe bewusst. Das oft benutzte internationale Englisch mag den großen Vorteil der gut funktionierenden und technisch problemlosen Kommunikation über oberflächliche Fakten haben, der Verständigung dient es nicht.

Diese Zustandsbeschreibung steht der Tatsache gegenüber, dass Europa seine Zukunft nur gemeinsam gestalten können wird, wenn ein Dialog über Sinn und Zweck sowie ein wechselseitiges Verständnis der Sensibilitäten, Widerstände, Sorgen, Erwartungen und Hoffnungen möglich sind. Die Analyse der

unterschiedlichen Europadiskurse in den Mitgliedsstaaten ist ein notwendiger Schritt, wenn man einen Beitrag zur Ausgestaltung der transnationalen Debatte leisten möchte.

Das dfi hat vor mehr als zwei Jahren in Zusammenarbeit mit der ASKO EUROPA-STIFTUNG

Fortsetzung Seite 2



Von einem gemeinsamen Raum europaweiter Öffentlichkeit sind wir noch weit entfernt. Das erschwert natürlich die Verständigung über die nächsten Ziele des europäischen Projekts, und gerade in der so genannten „Denkpause“, die sich die EU nach den Negativvoten der Franzosen und Niederländer zum Verfassungsvertrag verordnet hatte, wurde deutlich, dass mit

Fortsetzung von Seite 1

eine Arbeitsgruppe von vorwiegend jüngeren Wissenschaftlern aus fünf Ländern gebildet, um der Frage nach den unterschiedlichen Europadiskursen und den Voraussetzungen für eine tiefer gehende Verständigung nachzugehen. Untersucht werden die Situationen in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, England, Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik. Zusätzlich werden die Selbstbeschreibung der gemeinschaftlichen europäischen Institutionen, die Debatte um den Türkeibeitritt in Deutschland und Frankreich und schließlich die Europabilder in den USA untersucht. Dabei haben wir die verwendeten Schlüsselbegriffe, die gängigen narrativen Strukturen in der Presse und in den wichtigen politischen Reden zu Beginn des 21. Jahrhunderts analysiert. Ergänzend wurden, soweit erforderlich, die statistischen Daten von Eurobarometer als quantitative Kontrolle hinzugezogen. Die Aufsätze erscheinen in einem Sammelband im Herbst 2007 in der Schriftenreihe „Denkart Europa“ der ASKO EUROPA-STIFTUNG. An dieser Stelle sollen schon jetzt einige zentrale Aspekte und Ergebnisse vorgestellt werden.

Leitmotive des Europadiskurses in Westeuropa

Die Selbstbeschreibung der westeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten konnte schrittweise seit 1951 auf gemeinsame Erfahrung in der Zusammenarbeit aufbauen. Der historische Hintergrund des 2. Weltkriegs und des Holocausts waren als Negativfolie gewissermaßen „gesetzt“. So war es für die westlichen Länder Europas, die durch die Konfrontation der Blöcke im Kalten Krieg zusätzliche Gemeinsamkeiten erfuhren, nicht sehr schwierig, in dem Projekt der Befriedung Europas und in der Überwindung des Naziterrors ihren gemeinsamen Gründungsmythos zu finden. „Nie wieder Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten“ und „Nie wieder Barbarei auf unserem Boden“ konnten als gemeinsame Aufgabe begriffen werden. Allerdings vergingen viele Jahre, bevor ausreichend Vertrauen und genügend gemeinsame Erfahrung da waren, um über die jeweiligen nationalen Leidensgeschichten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sprechen zu können. Der Weg von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bis zur Vorstellung gemeinsamer Verantwortung für die Shoa war lang. Was vor 50 Jahren kaum denkbar war, ist möglich geworden: Trotz aller nationalen Unterschiede in der Konzeption der eigenen Geschichte kann über die geteilte europäische Verantwortung für Krieg und Barbarei im 20. Jahrhundert gesprochen werden.

Neben diesem die westeuropäischen Staaten verbindenden Gründungsmythos, der gleichzeitig das wesentliche politische Ziel des europäischen Integrationsprozesses vorgibt, steht ein zweites Element, das zu einem transnational funktionierenden Europadiskurs gehören könnte: die Überwindung des Nationalismus. Aus deutscher Sicht und auch aus Sicht der alliierten Siegermächte war nach den Erfahrungen des Naziregimes in Deutschland klar, dass der deutsche Nationalismus am besten durch eine starke europäische Integrationsbewegung zu bannen wäre, dass also deutscher Patriotismus durch seine feste Einbindung in die Europabewegung seine bedrohlichen Seiten verlieren würde. Auch die starke Europabewegung in Spanien nach Ende des Franco-Regimes lässt sich so erklären.

Weniger evident ist dieser Aspekt eines möglichen gemeinsamen Europadiskurses als Überwindung des Nationalismus für den französischen Kontext. Das republikanische Denken in Frankreich, das im Geiste des Universalismus im 18. Jahrhundert seine Grundlegung erfuhr, hat sich traditionell nicht an einem starken patriotischen Diskurs gestört. Umso erstaunlicher ist es, dass sowohl unter François Mitterrand als auch unter Jacques Chirac das Bewusstsein, dass der französische Patriotismus zu einem gewissen Teil in Europa aufgehen könnte, zu klaren Aussagen führte. Besonders markant sind die Sätze von François Mitterrand bei seiner letzten Rede vor dem Europäischen Parlament im Januar 1995. In sehr persönlichen Worten berichtete er, wie er während seines Gefängnisaufenthalts in Baden-Württemberg zu der Erkenntnis gelangte, dass viele Deutsche gegenüber Frankreich viel positiver eingestellt waren als die meisten Franzosen gegenüber Deutschland. Und er fuhr fort: „Il faut vaincre ses préjugés. Ce que je vous demande là est presque impossible, car il faut vaincre notre histoire. Et pourtant, si on ne la vainc pas, il

faut savoir qu'une règle s'imposera, Mesdames et Messieurs : le nationalisme, c'est la guerre !“

Die EU-Osterweiterung als Herausforderung

Was die westeuropäischen Staaten mit viel Mühe und Engagement in jahrzehntelanger Arbeit und gemeinsamer Erfahrung im Integrationsprozess als Referenzpunkte aufgebaut haben, konnte nach dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs nicht ohne weiteres auf die neue Situation in Europa übertragen werden. 40 Jahre Geschichte trennten beide Teile Europas.

Der Kampf gegen das Naziregime war auch für die mitteleuropäischen Länder eine kollektive Erfahrung; bei ihnen kam allerdings noch eine andere Besatzerfahrung durch die Sowjettruppen hinzu. Wo die Westeuropäer an der Integration und der historischen Aufarbeitung ihrer (gemeinsamen) Geschichte arbeiten konnten, mussten die besetzten Länder sich mit der Fremdherrschaft arrangieren und die Grundfreiheiten erst mühevoll und mit hohem Risiko erkämpfen. Einige der harten diskursiven Trennungslinien verlaufen nicht zufällig entlang der Ost-West-Grenze innerhalb der EU. Bereits der Begriff „Europa“ ist weniger eindeutig als vermutet.

In den Reden der Politiker und in den meinungsmachenden Leitartikeln in der westeuropäischen Öffentlichkeit wurde vor allem die Idee von der „Rückkehr“ der neuen Mitgliedsstaaten in den Vordergrund gestellt. Aber was heißt Rückkehr, wenn man Europa nie verlassen hat? Wenn Europa etwas anderes meint als ein administrativ-politisches Projekt? Wenn Europa zunächst die sehr viel ältere, kulturell und nicht staatlich definierte Wirklichkeit meint, zu der viele Länder, Völker und Sprachgemeinschaften gehört haben? Ein Teil des

Fortsetzung Seite 3



Das Bekenntnis zum Nationalstaat ging, anders als in Westeuropa, in den osteuropäischen Staaten einher mit dem Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. Das Bild zeigt Demonstranten mit der ungarischen Fahne beim Denkmal des als Freiheitsheld verehrten Generals Józef Bem während des Ungarnaufstands von 1956 (Quelle: Internet).

Fortsetzung von Seite 2

Widerstands gegen die kommunistischen Regime bezog sich auf eben diese Tradition, in der essentielle europäische Werte wie Toleranz, Freiheit des Denkens und Menschenwürde tief verankert sind. Wenn man einen der heutigen Situation angemessenen, für möglichst viele Länder akzeptablen Diskurs über Europa führen will, sollte man der Mehrdeutigkeit des Europabegriffs Rechnung tragen. Für die „alten“ Mitgliedsstaaten heißt dies zu akzeptieren, dass unabhängig von Bruttoinlandsprodukt, von Alter und Größe der einzelnen Staaten ein gleiches Anrecht auf die werbetasierende Zugehörigkeit zu Europa besteht. Angela Merkel hat in ihrer Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament im Januar 2007 sehr geschickt diese Mehrdeutigkeit der Europabegriffe aufgefangen.

Ein zweiter neuralgischer Begriff markiert eine große Trennungslinie zwischen Ost und West: die Nation und in deren Verlängerung der Nationalismus. Hatten wir für Mitterrand, für die deutsche Politik ohnehin und für die meisten westeuropäischen Staaten die Gleichung „Nationalismus heißt in letzter Konsequenz Krieg“ als tendenziell konsensfähig bezeichnet, ist dies für die neuen Mitgliedsstaaten alles andere als plausibel. Ihr Nationalismus, nennen wir als Beispiel den in der Republik Tschechien (aber auch in Polen kann man analoge Dis-

course beobachten), wird nicht im Kontext von Aggression, sondern im Kontext der demokratischen Widerstandsbewegung gesehen. Nationalismus ist Demokratie! Behauptung des Nationalen und Bewahrung der jungen Demokratie sind dasselbe. Die nationalen historischen und auch aktuellen Referenzen sind andere. Während für die westeuropäischen Staaten die Befriedung Europas mit dem Projekt der politischen Integration parallel gedacht (und im praktischen Handeln auch entwickelt) wurde, ist für die Mitteleuropäer Bruxelles als Symbol eines administrativen Molochs in die Nähe der vorhergehenden Fremdherrschaften gerückt.

Eine zweite Trennungslinie zwischen Ost und West betrifft die Erwartungen, die an die gemeinschaftlichen Institutionen gerichtet werden. Tendieren die westlichen Wohlstandsgesellschaften, vor allem die alten Industrienationen Frankreich und Deutschland, zur Grundidee der Versorgung und des Schutzes, sehen die jüngeren Mitglieder vor allem die Garantie der großen Rahmenbedingungen (Friedenssicherung, Demokratisierung) als die wichtigste Leistung der EU. Freiheit heißt hier eben auch, sich innerhalb der eigenen nationalen Gesellschaft so organisieren zu können, wie es dem Ideal der individuellen Freiheit entspricht – mehr Eigenverantwortung, mehr Gestaltungsspielräume.

Dies sind nur einige Beispiele für die Schwierigkeit, in einem Europa der 27 Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Sprache zu sprechen – wobei es nicht um die Vereinheitlichung der Sprachen und auch nicht um die Homogenisierung der nationalen Geschichten gehen kann, wohl aber um einen respektvollen, reflektierten Umgang mit der Tatsache, dass ohne gemeinsamen und begrifflich fundierten Diskussionsraum das Projekt der europäischen Integration nicht wesentlich vorankommen wird. Timothy Gordon Ash, die große britische Stimme in der Europa-Debatte, hat es in einem kürzlich erschienenen Artikel für das „Prospect Magazine“ (Nr. 131 / Februar 2007) auf den Punkt gebracht: „Europe has lost the plot. [...] Europe no longer knows what story it wants to tell. A shared political narrative sustained the post-war project of (west) European integration for three generations, but it has fallen apart since the end of the cold war.“ Die Rückbesinnung auf einige Kernziele ist für die zukünftige Gestaltung des Europadiskurses ebenso wichtig wie die Erkenntnis, dass substanzial andere und neue Stimmen aus den mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten zum Konzert hinzukommen müssen, wenn eine mentale Teilung in der EU überwunden und verhindert werden soll. Dieser Prozess wird allerdings viel Zeit in Anspruch nehmen.

Frank Baasner baasner@dfi.de

dfi information

Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch

Ein „Leuchtturm“ in der deutschen Bildungslandschaft

Die öffentliche Präsentation des Sammelbandes „Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch“ (vgl. die [Buchvorstellung](#) in dieser Ausgabe) lockte auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der Gymnasien mit zweisprachig deutsch-französischem Zug in Deutschland (AG Franz-Biling), der Pädagogischen Hochschule Freiburg und dem dfi rund 80 Vertreter aus Schule, Elternschaft, Politik und Wissenschaft am 25. April in das Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Bonn.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung, deren gelungenes musikalisches Rahmenprogramm von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Ebert- und des Hardtberg-Gymnasiums in Bonn gestaltet wurde, stand ein Podiumsgespräch

mit Teilnehmern aus Praxis, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Entwicklung und Perspektiven des bilingualen Unterrichts in der Zielsprache Französisch. Kennzeichnendes Merkmal dieser Unterrichtsform ist, dass bestimmte Fächer – zumeist Geographie, Geschichte und Gemeinschaftskunde – zweisprachig (Deutsch und Französisch) im Rahmen eines integrierten Konzepts unterrichtet werden, wobei neben der sprachlichen vor allem auch die interkulturelle Kompetenz der Lernenden gefördert werden soll.

Im Namen der Kultusministerkonferenz begrüßte der Leiter der Abteilung Schulen, Oberstudienreferent Reiner Meier, die Gäste. In seiner kurzen Ansprache hob Meier hervor, dass die Kultusministerkonferenz den bilingualen Unter-

richt weiterhin als besonders förderungswürdig ansehe. Das unterstrich namens der Robert Bosch Stiftung – die gemeinsam mit dem baden-württembergischen Kultusministerium ein Projekt des dfi zur Unterstützung des bilingualen Unterrichts maßgeblich gefördert hat – Dr. Peter Theiner, Leiter des Programmbereichs Völkerverständigung Westeuropa, Amerika. Weiter führte er aus: „Der bilinguale Unterricht ist eine Achse, über die Deutschland und Frankreich näher zusammenwachsen können, und es ist zu begrüßen, wenn bilingualer Unterricht die Pluralität des Fremdsprachenlernens unterstützt und dazu beiträgt, eine fremdsprachliche Einheitskultur zu vermeiden oder zumindest zu dämpfen.“ Ähnlich äußerte sich Professor Herbert Christ, Mitherr-

Fortsetzung Seite 4



Beleuchteten das Thema „Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch“ von vielen Seiten: die Teilnehmer am Podiumsgespräch (v.l.n.r.: Dilk, Fiedél, Palmen, Kiesel, Nix, Ivens, Aubert, Mentz).

Fortsetzung von Seite 3

ausgeber der Reihe „Giessener Beiträge zur Fremdsprachendidaktik“, in der der vorgestellte Sammelband erschienen ist. Christ bezeichnete den Bilingualen deutsch-französischen Bildungsgang als „Leuchtturm“ in der Landschaft des bilingualen Lehrens und Lernens und charakterisierte ihn als „ein gelungenes politisches, sprachpolitisches, fremdsprachendidaktisches und zugleich fächerübergreifendes Projekt“. Das besondere Potenzial dieses Projekts liege darin, dass es Türen zu öffnen vermöge für die – gerade in Europa besonders wichtige – Mehrsprachigkeit.

Im Verlauf des anschließenden Podiumsgesprächs, moderiert von Sebastian Nix (dfi), wurden diese Aspekte weiter vertieft und ergänzt. So betonte Oberstudienrätin Susanne Kiesel, im baden-württembergischen Kultusministerium zuständig für die allgemein bildenden Gymnasien, dass es besonders wichtig sei, die bilingualen Gymnasien mit Französischzweig bundesweit untereinander und mit französi-

schen Partnern zu vernetzen. In diesem Kontext wies Professor Olivier Mentz (PH Freiburg), ausgehend von den Ergebnissen einer von ihm durchgeführten Studie zu den Rahmenbedingungen des Bilingualen Bildungsgangs, auf drei wesentliche Probleme hin, mit denen die Lehrer in der Unterrichtspraxis konfrontiert seien: eine desolante Materialsituation, Defizite im Bereich der Lehrerfortbildung und die manchmal unzureichende Akzeptanz für bilinguale Angebote mit Französischschwerpunkt in den Lehrerkollegien angesichts der unbestreitbaren Bedeutung des Englischen. Um so wichtiger sei es, so Mentz, die Rahmenbedingungen für den Bilingualen Bildungsgang weiter zu verbessern. Dazu will auch die französische Botschaft in Deutschland einen Beitrag leisten, wie deren Vertreter Bernard Aubert, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung, darlegte. Er führte zahlreiche Beispiele dafür an, welche Maßnahmen die Botschaft – in der Rolle eines Katalysators und Impulsgebers – zusammen mit vielen Partnern in Deutschland zur Förderung des Französischen unterstützt. Dass Französischkenntnisse aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Frankreich und Deutschland im Berufsleben von großem praktischem Vorteil sein können, betonte Dr. Angelika Ivens von der Industrie- und Handelskammer Aachen in ihrem Gesprächsbeitrag: „Man sagt ja immer, dass natürlich das Englische auch im deutsch-französischen Handel benutzt wird. Ich muss Ihnen sagen: So in der Wirklichkeit treffe ich das nicht sehr häufig an. [...] Wir sind füreinander der wichtigste Handelspartner, und das merkt man tatsächlich auch am Bedarf.“ Dass aber nicht nur der rein praktische Nutzen von Sprachkenntnissen Maßstab für schulischen Sprachunterricht sein sollte, unterstrich Oberstudiendirektor a. D. Fried-

helm Dilk in seiner Eigenschaft als ehemaliger Leiter des Bonner Friedrich-Ebert-Gymnasiums: „Bilingualer Unterricht ... schafft beim Menschen die Fähigkeit, andere verstehen zu wollen. [...] Zwei Weltsprachen braucht man sowieso, aber ohne Französisch ist man ohne Kultur.“ Auch Lotta-Lilli Fiedél, Schülerin im Bilingualen deutsch-französischen Bildungsgang am Bonner Hardtberg-Gymnasium, betonte in ihrer Antwort auf die Frage, warum sie sich für den Bilingualen Bildungsgang entschieden habe, andere als rein nutzenorientierte Motive: „Wir haben Austausch gemacht, wir haben an Wettbewerben teilgenommen. Also es ist nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch, und das, finde ich, ist auch das Tolle am bilingualen Unterricht.“ Paul Palmen schließlich, Leitender Regierungsschuldirektor bei der Bezirksregierung Köln und Vorsitzender der AG Franz-Biling, gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der in Bonn vorgestellte Sammelband – der erste, der ausschließlich dem Bilingualen deutsch-französischen Bildungsgang gewidmet ist – „der Start einer Entwicklung ist, die ... dazu führen wird, dass wir in Zukunft noch mehr in dieser Richtung zu erwarten haben“.

Sebastian Nix [✉nix@dfi.de](mailto:nix@dfi.de)

Stabwechsel im Pariser Büro des dfi

Dr. Wolfram Vogel hat zum 1. April die Leitung des Pariser Büros des dfi übernommen. Er tritt damit die Nachfolge von Wibke Ljucovic an, die beruflich nach Irland gewechselt ist. Für ihre berufliche wie private Zukunft wünschen wir ihr alles Gute.



Wolfram Vogel [✉vogel@dfi.de](mailto:vogel@dfi.de)



Folgten mit Interesse den Ausführungen der Referenten und der Podiumsteilnehmer: Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Buchpräsentation in Bonn.

Gelungenes Integrationsmanagement in Städten

Deutsch-Französische Bürgermeisterkonsultationen am 15. und 16. März 2007 in Stuttgart

Konsultationen deutscher und französischer Bürgermeister zum Thema „Kommunales Integrationsmanagement“ haben am 15. und 16. März 2007 rund 100 Akteure aus Deutschland, Frankreich und der Europäischen Union in Stuttgart im Haus der Wirtschaft zusammengeführt. Im Mittelpunkt standen Erfahrungsberichte aus den Städten Avignon, Essen, Hamburg, Lille, Marseille und Stuttgart. Bildung spielt bei gelungener Integration eine Schlüsselrolle, vor allem auch für Kinder im Vorschulalter. Getragen wurde die Veranstaltung von der Robert Bosch Stiftung und der Freudenberg Stiftung, ausgerichtet vom dfi.

Was überraschte, waren die Gemeinsamkeiten im Alltag der Kommunen – trotz zahlreicher Unterschiede im Staatsaufbau und im staatsbürgerlichen Verständnis beider Staaten. Eine Erklärung könnte sein, „dass es nicht mehr um wenige Gastarbeiter geht“, wie noch vor 22 Jahren (als die Freudenberg Stiftung das Thema Integration gewählt hatte), sondern „dass heutzutage ein großer Teil der Bevölkerung davon betroffen ist“, wie Reinhart Freudenberg, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung ausführte. Integrationspolitik ist für die Kommunen unumgängliche gesellschaftliche Aufgabe geworden. Die Zahlen stellte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer vor: „In den



Thematisierte im Rahmen der deutsch-französischen Bürgermeisterkonsultationen die Situation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland: die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer.

deutschen Großstädten wird im Jahr 2010 jeder Zweite unter 40 Jahren aus einer Zuwandererfamilie stammen. Schon jetzt leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen mit Migrations-Hintergrund. Das ist nahezu jeder Fünfte.“ Für Frankreich gelten ähnliche Größenordnungen.

Differenzen und Unterschiede zwischen den Menschen „sind ein Reichtum, den wir begrüßen und gestalten können“, hatte Wassilios Fhtenakis von der Universität Bozen vorgebracht, und der französische Staatsminister für Chancengleichheit Azouz Begag hätte dazu sagen können: „Kommt in meine Vorstädte, schaut was da für ein Potential ist“, wenn er nicht in letzter Minute verhindert gewesen

wäre. „Mobilisierung, Brückenbauen zwischen Teilen der Wirklichkeit, Vernetzung und Querschnittsaufgaben“ sind für dfi-Direktor Frank Baasner in der heutigen Debatte Schlüsselwörter. Die Vorstellung von Integration durch sozialen Aufstieg reiche alleine nicht mehr aus. Dieter Berg, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung will erreichen, „dass die Zivilgesellschaft dort Brücken baut, wo die Politik nicht oder noch nicht reagiert“. Zur Unterstützung des Vorhabens haben die Bosch Stiftung und die Freudenberg Stiftung gemeinsam mit acht weiteren Stiftungen in Europa ein Europäisches Programm für Migration und Integration ins Leben gerufen.

Brigitte Veit veit@dfi.de

Neues Programm für Nachwuchsjournalisten

Eine Kooperation mit der Ecole de Journalisme de Sciences Po und dem dfi

Ein neues Programm der Robert Bosch Stiftung für deutsche und französische Nachwuchsjournalisten will einen Beitrag zur Internationalisierung der Journalisten- ausbildung leisten und die Kenntnis über das Nachbarland Frankreich bzw. Deutschland vertiefen. Es findet im Jahr 2007 zum ersten Mal statt und richtet sich an Journalisten in Ausbildung und an Jungredakteure, die mindestens gute Kenntnisse in der Sprache des anderen Landes haben.

Im Mittelpunkt steht die Überlegung, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Journalismus nur möglich ist, wenn persönliche

Kontakte und Netzwerke aufgebaut und die verschiedenen Berufskulturen verstanden werden. Durch spezielle Seminare und Praktika werden jeweils zehn deutsche und zehn französische junge Journalisten an die politische und

Robert Bosch Stiftung

soziale Wirklichkeit des Partnerlandes herangeführt. Das Programm wird vom dfi und der Journalistenschule von Sciences Politiques Paris geleitet und organisiert. Die Planungen für 2007 sind abgeschlossen, eine Fortführung im Jahr 2008 ist vorgesehen.

Frank Baasner baasner@dfi.de



Einen Beitrag zur Internationalisierung der Journalistenausbildung will das neue Kooperationsprogramm leisten.

Partizipation von Jugendlichen in urbanen Großräumen

Erfahrungsaustausch zwischen den Partnerstädten Stuttgart und Straßburg

Im Februar 2007 hat das dfi ein Austauschprojekt für deutsche und französische Jugendliche mit Migrationshintergrund durchgeführt. Jeweils 15 Jugendliche aus Problemvierteln in Stuttgart und Straßburg verbrachten zwei gemeinsame Tage – einen in Straßburg und einen in Stuttgart –, um die anderen und deren Stadt kennen zu lernen und sich mit ihnen auszutauschen. Durch gemeinsame Aktivitäten in den beiden Städten wurde den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, ihren Gästen die eigene Stadt und das eigene Viertel zu zeigen. Der Vergleich des Vertrauten mit dem Fremden war für sie eine neue Erfahrung, durch die sie ihre eigene Situation und Identität differenzierter wahrnehmen und damit auch wertschätzen konnten.

Den Projektrahmen für die Austauschmaßnahme bildete die deutsch-französische Initiative „Integration und Chancengleichheit“, die auf dem 6. deutsch-französischen Ministerrat im März 2006 beschlossen worden war und eine verstärkte Zusammenarbeit sowie den gegenseitigen Austausch auch auf Ebene der lokalen Akteure vorsieht (siehe dfi aktuell 1/2007). Integration und Chancengleichheit als Schlüssel für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Zukunft Europas müssen insbesondere in Bezug auf die Möglichkeiten des Einzelnen,



Nutzen die Gelegenheit, die Lebenswelt ihrer deutschen Altersgenossen kennen zu lernen: französische Jugendliche bei ihrem Besuch in Stuttgart am 28. Februar 2007.

am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, gewährleistet werden. Das dfi hat diesen deutsch-französischen Austausch deshalb speziell auf Jugendliche ausgerichtet, die in sozialen Brennpunkten leben und seltener Möglichkeiten zu Partizipation und Austausch mit Jugendlichen aus Nachbarländern haben. Diese spezifische Gruppe, die oft mehrfachen Benachteiligungen ausgesetzt ist und durch traditionelle Formen des Austauschs, die meist einen vorherigen Spracherwerb voraussetzen, nicht erreicht wird, besitzt ein hohes Potenzial an multikulturellen und mehrsprachigen Erfahrungen, das eine besondere Chance für einen solchen Austausch darstellt.

Als Projektpartner konnten in Straßburg das Relais Emploi Koenigshoffen, das Centre Socio Culturel „Camille Claus“ Koenigshoffen und die elsässische Fußballliga gewonnen werden, die alle mit Jugendlichen in Problemvierteln arbeiten. Inhaltlich wurde das Projekt vom Observa-

toire Régional de l'Intégration et de la Ville, Alsace (ORIV) begleitet. Genau wie ihre französischen Kollegen haben auch die Stuttgarter Projektpartner, das Internationale Stadtteilzentrum „Haus 49“ und die Ostheim-Schule, einen großen Erfahrungsschatz im Bereich von Integrations- und Stadtteilarbeit, der für dieses Projekt hervorragend genutzt werden konnte. Die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen, ebenso wie mit der Stabsabteilung Integration der Stadt Stuttgart und dem Relais Emploi Straßburg, ermöglichte es, ein dauerhaftes Netzwerk von lokalen Akteuren der Integrationsarbeit in Stuttgart und Straßburg zu etablieren. Ein ausführlicher Projektbericht steht auf der [Homepage](#) des dfi kostenfrei zur Verfügung.

Der Austausch wurde durch eine Projektförderung des Auswärtigen Amtes ermöglicht.

Isabelle Kempf ikempf@dfi.de

dfi service

Zeitschriften und Jahrbücher der Frankreich-Bibliothek jetzt über die Zeitschriftendatenbank recherchierbar

Die Frankreich-Bibliothek verfügt über zahlreiche Jahrbücher und Zeitschriften zu Frankreich und deutsch-französischen Fragen. Allein je rund 250 Zeitschriften und Jahrbücher werden derzeit laufend bezogen. Manche dieser Titel sind nur an wenigen Bibliotheken in Deutschland – in einigen Fällen sogar ausschließlich in Ludwigsburg – greifbar.

Mittlerweile hat das dfi mit Unterstützung der Württembergischen Landesbibliothek begonnen, seinen Periodika-Bestand in der Zeitschriftendatenbank (ZDB), der weltweit größten Datenbank für Titel- und Besitznachweise für fortlaufende Sammelwerke wie Zeitschriften oder Jahrbücher, zu erfassen. Mittlerweile sind dort über 800 Titel aus dem Bestand der Frankreich-Bibliothek [online](#) nachgewiesen – einschließlich detaillierter Informationen zu

den in Ludwigsburg konkret vorhandenen Jahrgängen. Die Angaben werden permanent aktualisiert und ergänzt.

Sebastian Nix nix@dfi.de

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
www.dfi.de
info@dfi.de
Redaktion: Sebastian Nix
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

Termine

22. Mai

Vortragsveranstaltung „Quelle place pour le français et l'allemand dans l'entreprise de demain ?“; Straßburg

6. Juni

Podiumsdiskussion „Deutschland-Frankreich: Kommunen im Dialog. Stadtentwicklung, demographischer Wandel und soziale Integration“, gemeinsame Veranstaltung mit der Wüstenrot Stiftung; Berlin

13. - 17. Juni

Informationsreise für deutsche Journalisten nach Marseille aus Anlass der Wahlen in Frankreich

28.-30. Juni

Jahrestagung des dfi mit dem Themenschwerpunkt „50 Jahre V. Republik – Performanz und Krise eines politischen Systems“; Ludwigsburg

Hannelore Braun braun@dfi.de

Buchvorstellung: Frankreichs Staatspräsident in der politischen Kommunikation

Seggelke, Sabine: *Frankreichs Staatspräsident in*



der politischen Kommunikation: Öffentlichkeitsarbeit in der V. Republik. – Berlin: LIT, 2007. – 368 S., 34,90 Euro. Signatur in der Frankreich-Bibliothek: FF 150.SEG

Der französische Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2007 hat wie kaum ein anderer zuvor deutlich gemacht, welche Rolle die Medien heute im politischen Betrieb Frankreichs spielen. Aber auch außerhalb der Wahlkampfzeiten ist das Verhältnis zwischen Politik und Medien eng: Politiker bedürfen der Medien, um ihre Positionen im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit wirksam darstellen zu können, und die Politikberichterstattung wiederum bildet für die Medien ein unverzichtbares Element ihres Tätigkeitsspektrums. Umso erstaunlicher ist es, dass bislang kaum systematische Studien – weder aus Frankreich selbst noch aus anderen Ländern – vorliegen, die das Verhältnis zwischen Politik und Medien im Zeitverlauf untersuchen. Diese Lücke will die aus einer Dissertation an

der Technischen Universität Dresden und der Ecole Pratique des Hautes Etudes Paris hervorgegangene Buchveröffentlichung von Sabine Seggelke schließen.

Ausgehend von einer Darstellung des Forschungsstands zu ihrem Thema entwickelt die Autorin ein v. a. auf system- und akteurstheoretischen Ansätzen basierendes Modell zur Erfassung des komplexen Verhältnisses zwischen Politik und Medien. Dabei ist sie bestrebt, der besonderen Stellung des Präsidenten im Gefüge der politischen Institutionen Frankreichs Rechnung zu tragen. Die eigentliche Untersuchung bezieht alle bisherigen Präsidenten der V. Republik ein und basiert auf einer umfassenden, qualitativen Literatur-, Medien- und Quellenauswertung, die ergänzt wird durch die Ergebnisse von rund 30 Interviews mit Experten (u. a. Kommunikationsberater französischer Präsidenten und Journalisten). Behandelt werden folgende Themenkomplexe: die Institutionen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Elyséepalast; die Interaktion zwischen Elysée und Medienvertretern; die Instrumente der direkten Kommunikation des Präsidenten mit der Öffentlichkeit; Prinzipien, Techniken und Strategien präsidentieller Öffentlichkeitsarbeit. So entsteht ein umfassendes, ausgesprochen detailreiches Bild vom Wesen und der Ent-

wicklung des Verhältnisses zwischen Präsident und Medien im Frankreich der Gegenwart, bei dem – um nur einen kleinen Teil der Ergebnisse aufzugreifen – u. a. deutlich wird, dass dieses Verhältnis zunächst geprägt ist vom Amtsverständnis des jeweiligen Staatsoberhauptes, das wiederum nicht zu trennen ist von der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Verfassungswirklichkeit der V. Republik.

Weiterhin wird beispielsweise ersichtlich, wie bestimmte technische Entwicklungen im Mediensektor – nicht zuletzt die wachsende Bedeutung des Internets – die Weiterentwicklung der Formen und Instrumente der präsidentiellen Öffentlichkeitsarbeit prägen. Ebenso kann auch eine gewisse Tendenz zur Professionalisierung der politischen Kommunikation konstatiert werden, z. B. erkennbar an der Tätigkeit von Kommunikationsberatern mit einem beruflichen Hintergrund aus Bereichen wie Journalismus oder Marketing. Schließlich macht Seggelke mit Blick auf die Grundhaltung der Präsidenten zu Fragen der politischen Kommunikation drei sukzessive aufeinander folgende Leitprinzipien aus: Während General de Gaulle überzeugt gewesen sei, Geheimhaltung und Schweigen seien für das Ansehen des Präsidenten unerlässlich, sei Valéry Giscard d'Estaing für die „Entkrampfung“ des politischen Lebens eingetreten. Seit François Mitterrand gelte das Prinzip der „écriture médiatique“, dem zufolge die symbolische Funktion des Präsidenten als Verkörperung der Nation (in der Nachfolge der französischen Monarchen) vereint werden solle mit Bürgernähe und Aufgeschlossenheit für die Probleme des täglichen Lebens. Insgesamt hat Seggelke, ausgehend von dem Präsidenten als einer zentralen Institution des politischen Systems der V. Republik, eine materialreiche Darstellung der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Politik und Medien in Frankreich vorgelegt. Einzig die Überfülle an Fakten und die ab und an aufscheinenden – aufgrund der Breite des Themas vermutlich unvermeidbaren – Unterschiede in der Quellenlage zu den verschiedenen Amtsinhabern erschweren an einigen Stellen die Lektüre. Dies wird aber mehr als aufgewogen durch eine gelungene Synthese der wesentlichen Untersuchungsergebnisse, so dass die Arbeit ohne Zweifel eine Bereicherung der Forschungsliteratur zur politischen Kommunikation Frankreichs darstellt.

S.N.

Neu: Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch

Vor fast 40 Jahren entstand in Deutschland der erste Bilinguale deutsch-französische Bildungsgang an einem Gymnasium. Heute bieten bundesweit rund 80 Gymnasien diese Unterrichtsform an, die in der Bundesrepublik und darüber hinaus als Modell für die Entwicklung zahlreicher ähnlicher Angebote fungiert hat.

Der vorliegende Band zeichnet die Entwicklung des bilingualen Unterrichts mit Französisch als Zielsprache nach und zeigt zugleich Perspektiven des Bilingualen Bildungsgangs auf. Er ist entstanden im Rahmen eines seit 2004 laufenden, von der Robert Bosch Stiftung und dem baden-württembergischen Kultusministerium geförderten Projekts zur Unterstützung des bilingualen Sachfachunterrichts in der Zielsprache Französisch.

Zu Wort kommen darin Vertreter der Schulpraxis und der Bildungsforschung, aber auch Schüler und Eltern. So entsteht erstmals ein differenziertes Bild des Bilingualen deutsch-

französischen Bildungsgangs, ausgehend von seinen Rahmenbedingungen und methodisch-didaktischen Fragen bis hin zu einer Einordnung in den breiteren Kontext bilingual deutsch-französischer Angebote.

Der Band richtet sich an alle am bilingualen Unterricht mit Französisch als Zielsprache Interessierten aus Wissenschaft und Praxis.

Sebastian Nix nix@dfi.de



Olivier Mentz/
Sebastian Nix/
Paul Palmen
(Hrsg.): *Bilingualer Unterricht in der Zielsprache Französisch: Entwicklung und Perspektiven. – Tübingen: Narr, 2007. – 320 S., 36 Euro*